

# Danziger Zeitung.

№ 17071.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rotherhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

## Vom Kaiser.

Berlin, 15. Mai.

Trotz der zum Theil durch die Schlingbeschwerden, welche jetzt officiell auf Rachentzündung zurückgeführt werden, hervorgerufenen Störung der Nachtruhe zeigte die ganze Erscheinung des Kaisers heute das erhebliche Fortschreiten der körperlichen Kräftigung und der geistigen Erfrischung. Die Aerzte haben schon gestern die Intervention der Kaiserin anrufen müssen, um den Kaiser vor Ueberanstrengung zu bewahren. Selbstverständlich handelt es sich bei der Rachentzündung nur um eine durch Einathmen kühlerer Luft hervorgerufene Reizung, die durch den längeren Aufenthalt des Kaisers an den Fenstern des Arbeitszimmers veranlaßt worden ist. Die Reconvalescenz des Kaisers ist dadurch in keiner Weise beeinträchtigt. Gefördert werden würde dieselbe freilich erheblich, wenn endlich wärmere Witterung eintreten und dem Kaiser die Bewegung im Freien gestatten würde. Die Ungebuld des Patienten wird begreiflicher Weise von Tag zu Tag heftiger. Offenbar hat der Kaiser die Hoffnung, daß sein Gesundheitszustand ihm die Theilnahme an der Feier der Hochzeit des Prinzen Heinrich gestatten werde, da er sich zu diesem Tage gestern eine neue Uniform hat annehmen lassen.

Einen interessanten Bericht bringt ein Londoner Blatt. Der Chefredacteur der „Pall Mall Gazette“, Stead, hat bei seinem Besuche in Berlin nicht unterlassen, auch Sir Morell Mackenzie zu interviewen. In dem über zwei Seiten umfassenden Berichte schildert Stead Mackenzies Aeußerungen über alle seine Freuden und Leiden und über den Kaiser. Die Gemüthsstimmung Kaiser Friedrichs ist hiernach dieselbe, wie die der meisten chronischen Kranken. Die Hoffnung, noch einige Jahre zu leben, während welcher sie ihre Pläne in Ausführung bringen wollen, wechselt ab mit der Besorgniß, daß alles in wenigen Tagen vorbei ist. Mackenzie ist bescheiden genug, die Abwendung der Reklamationen für den Fürsten Bismarck zuzuschreiben. Ebenso waren es die deutschen Aerzte des damaligen Kronprinzen, welche seine Berufung veranlaßten. Als Dr. Mackenzie sich nach Berlin begab, wußte er von dem Leiden nichts weiter, als daß es eine Halskrankheit sei. Die Königin von England hatte mit der Angelegenheit weiter nichts zu thun, als daß sie durch ihren Leibarzt, Dr. Reid, Mackenzie aufsuchen ließ, dem Wunsch der deutschen ärztlichen Rathgeber ungeachtet Folge zu leisten. Mackenzie hält es auch jetzt noch immer nicht für erwiesen, daß die Wucherung krebsartig ist. „Professor Waldeyer hat bei seiner mikroskopischen Untersuchung nichts entdeckt, was nicht vordem Professor Birchow bereits gefunden hatte, nur daß Waldeyer aus dem Befund andere Schlüsse zog und zu dem Ergebnis kam, es liege Krebs vor. Nach seiner jetzt erfolgten Rückkehr aus Aegypten wird Birchow nochmals consultirt werden, und wenn er bei seiner früheren Ansicht beharrt, so bleibt die Frage offen. Der Kaiser leidet sicher an acuter Entzündung der Membrane der Anorpelhaut, Perichondritis. Der Anorpel selbst ist gleichfalls angegriffen und dieses ist ein sehr gefährliches Leiden, obwohl nicht nothwendig tödtlich. Besteht außer Perichondritis auch Krebs, so muß der Fall früher oder später mit dem Tode endigen. Da sich aber, seitdem Professor Birchow zu einem gegentheiligen Schluss kam, nichts Neues entwickelt hat, so läßt sich nichts mit Sicherheit behaupten.“ Die Präparirung auf seine Person schreibt Sir Morell meist dem Brodneid zu. „Es giebt allerdings eine anti-englische Clique, auf welche alles Englische wirkt, wie ein rother Lappen auf ein gewisses Thier.“

## Liebestragödie eines Hohenzollernprinzen. \*)

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Durch rohe Gewalt war also die Ehe nach dreitägiger Dauer zerrissen. So giltig sie vom Standpunkte des canonischen Rechtes war, so ungiltig war sie nach deutsch-evangelischem Fürstenrechte und nach den Ansichten jener Zeit. Ohne Bewilligung des Regierenden durfte der Prinz sich nicht vermählen, er, der zur Thronfolge berufen sein konnte, durfte nicht unehrbürrig heirathen und dadurch vielleicht die Fortdauer seiner Dynastie gefährden. Ueberdies war er im Kriegsdienste, also nicht frei in seinen Handlungen. Die katholische Kirche kennt freilich in der Theorie keine Unehrbürrigkeit, keine Standesunterschiede, allein der evangelische Kurfürst konnte die Gräfin nicht für ebenbürtig anerkennen. Und gewiß wurde der Katholicismus der Gräfin in Berlin als Grund gegen diese Ehe angesehen, man möchte auch für den Prinzen fürchten. Solche brandenburgischen Ansichten oder Gefühle mochten etwa Hoffmann und die Offiziere leiten. Ohne Zweifel glaubten diese machenden Männer ihre Pflicht zu erfüllen, und als sie mit rauen Händen die Blüten einer — so weit wir urtheilen können — echten und reinen Liebe knickten, hatten sie sicherlich kein Verständniß dafür, daß es sich um mehr handelte, als um die Liebe eines jungen Prinzen und den Ehrgeiz einer Italienerin.

Der Prinz und die Gräfin befanden sich beide von einander getrennt in Haft. Der Prinz ward in seiner Wohnung von piemontesischen Truppen bewacht und von seiner Umgebung so streng beaufsichtigt, daß er, wie die Gräfin später sagte, seine Briefe Nachts bei Mondlicht schreiben mußte.

Zeitungen, wie die „Kölnische“, greifen England und alles Englische stets an. Aber der Ring der anti-englischen Parteien bildet nur eine sehr geringfügige Minderheit und zählt nicht mehr als 2 Millionen von 40 Millionen Deutschen.“ Besonders böses Blut hat unter den deutschen Aerzten nach Mackenzie der Umstand gemacht, daß der englische Specialist den Dr. Krause, dessen Bekanntheit er auf dem internationalen medicinischen Congreß in Kopenhagen gemacht hatte, zum Hilfsarzt des Kaisers vorschlug.

Ob das letztere richtig ist, wissen wir nicht. Richtig ist aber, daß die anti-englischen Stimmungen von der großen Mehrheit des deutschen Volkes nicht getheilt werden, daß die überwiegende Majorität vielmehr das widerwärtige Gerede einer Anzahl von Cartellorganen gegen die „englische“ Kaiserin, den englischen Arzt und das englische Wesen überhaupt, welches angeblich in Charlottenburg dominirt, mit Entrüstung und Verachtung betrachtet.

Von heute wird uns telegraphirt:

Berlin, 16. Mai. (M. L.) Der Kaiser hatte eine recht gute Nacht; bei der Consultation der Aerzte wechselte Mackenzie die Canüle aus, was sehr leicht von Statten ging. Die Wunde hat ein gutes Aussehen.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 16. Mai.

### Die Heldenthaten der Conservativen.

haben gestern abends eine Bereicherung erfahren. In unseren Morgentelegrammen ist bereits die Meldung enthalten, daß der von den Freisinnigen beantragte Gesetzentwurf zur Regelung der Wildschadenfrage als gescheitert angesehen werden muß, dank der Pflichtvergessenheit der Commission, welche zur gestrigen Sitzung nicht in beschlußfähiger Zahl beisammen war. Wie wir aus den uns heute vorliegenden näheren Berichten erfahren, waren die freisinnigen Mitglieder der Commission, wie es sich gehörte, anwesend. Es fehlten dagegen von den 21 Mitgliedern nicht weniger als 13, hauptsächlich Conservative; eine bezeichnende Leistung, würdig dieser Partei und würdig ihrer ganzen Handlungsweise, ein werthvoller Beitrag zu dem reichhaltigen Kapital von dem Unterschied zwischen Worten und Thaten der Conservativen.

Nach vor kurzem, als die Freisinnigen ihren Antrag einbrachten, da flossen die Conservativen, den Blick zum Fenster hinaus auf die bevorstehenden Neuwahlen gerichtet, plötzlich über von Wohlwollen und erkannten durch den Mund des Herrn v. Rauchhaupt willig an, daß diese Frage in der That der Regelung bedürfe. Auch die conservative Parteipresse stimmte meistens zu und floß über von Güte und Fürsorglichkeit für das Volk und den armen Landmann, dem das wahre Heil von der weise sorgenden, allein wirklich volksfreundlichen Partei der Conservativen nicht vorenthalten werden solle. So schrieb noch gestern der fromme „Reichsbote“ des Herrn Stöcker:

Man kann es den Bauern nicht verdenken, wenn sie nichts so sehr verbittern, als wenn ihnen das Wild, welches in den Wäldern reicher Leute lebt und dessen Jagd zu deren Vergnügen dient, in den Wald grenzenden Frucht-Acker zerstört, das junge Getreide abfrißt oder das in Saline geschlossene zertrümmert und ihnen so die Frucht harter Arbeit vernichtet, sie aber nicht einmal eine entprechende Entschädigung erhalten können, während sie mit schwerer Strafe belegt werden, wenn sie es sich vielleicht beikommen lassen, zum Schutze ihres Feldes ein Stück jenes Wildes zu schießen.

Wie schön und richtig ist dies alles, und gestern, als es sich darum handelte, einen Theil der schönen Versprechungen des Herrn v. Rauchhaupt und der

Ausgehen durfte er, wie es scheint, wenigstens forderte sie ihn auf, Besuche bei ihren Freunden zu machen; dabei werde sich wohl, meinte sie, Gelegenheit finden, den Begleitern sich auf einige Zeit zu entziehen und ihr Nachrichten zukommen zu lassen.

Die Gräfin wurde im Kloster gefangen gehalten, welches von brandenburgischen Truppen bewacht wurde. Selbst ihre Jose wurde von den Brandenburgern entfernt, und in der ersten Zeit scheint nur der bairische Oberst Desprez Zutritt zu ihr gehabt zu haben. Allein zu schriftlichem Verkehr mit dem Prinzen hatte sie sogleich Mittel gefunden; es liegt eine lange Reihe ihrer Briefe vor, mehr als vierzig, sämmtlich aus den wenigen Wochen vom 2. Juni bis zur Mitte des Juli. Ihre Echtheit ist unzweifelhaft, am meisten beweisen die leidenschaftlichen Widersprüche. Sie sind vortrefflich geschrieben. Gleich in dem ersten, in welchem sie ihm meldet, wohin sie gebracht worden, fordert sie ihn auf, er möge durch Bitten und Drohungen beim Herzog erreichen, sie im Speisezimmer des Klosters sehen zu dürfen, sie schließt, sie fürchte vergiftet zu werden. In den folgenden wechseln Liebesversicherungen mit Klagen über den Haß und die Verleumdung seiner Umgebung; sie fordert ihn auf, die Offiziere, welche sie aus seinen Armen gerissen, ja an ihn selbst Hand angelegt, den Degen gegen ihn gezogen hätten, stolzer zu behandeln, denn die Piemontesen fänden, er habe sich weit aus zu viel gefallen lassen, selbst der Herzog wundere sich darüber. Häufig spricht sie ihre Besorgniß aus, es werde seiner Umgebung gelingen, ihn von ihr abzuweihen, Prinz Eugen und der Prinz von Darmstadt würden ihn durch Ueberredung und Neckereien ihr entfremden. Am 28. Juni meldet sie ihm, sie habe gehofft ein Pfand seiner Liebe unter dem Herzen zu tragen, allein diese Hoffnung sei infolge eines Unfalles erloschen. Am meisten beschäftigt sie die

Theorien des „Reichsboten“ in die Praxis zu überführen, da blieben die Herren, die das Heft in den Händen haben, zu Hause und ließen Wildschaden Wildschaden sein. Man hat dem Landmann ein paar tönende Versprechungen vorgeflunkert und so gethan, als wolle man ihm helfen, mittlerweile aber nichts unterlassen, um die junkerliche Jagdherlichkeit auf Kosten des Landmanns zu conserviren und die Bemühungen von wirklich volksfreundlicher Seite zur Abstellung eines unserm Rechtsstaat wahrlich nicht zur Ehre gereichenden Uebelstandes zum Scheitern zu bringen. Das letztere ist gelungen; ob aber die betroffenen Landleute wirklich das schwer qualificirbare Manöver der pflichtgetreuen Abgeordneten von der Majorität nicht durchschauen werden?

Auch die Mandate der „Gewählten“ von Götting-Marienburg, der Herren Döhring und Puttkamer-Plauth, sind nun glücklich noch auf ein paar Wochen gerettet, denn das Plenum wird erst nach seiner Vertagung über den Cassationsantrag der Wahlprüfungs-Commission beschließen. Der, wie gemeldet, hierzu eingebrachte Antrag Richter lautet wörtlich folgendermaßen:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Der königlichen Staatsregierung den Protest des Dr. Jacobi und Genossen vom 23. Januar 1886 gegen die Wahl der Abgeordneten v. Puttkamer-Gr. Plauth und Döhring, insbesondere mit Bezug auf die in demselben enthaltenen Beschwerden über die unzulässige Bildung von Wahlbezirken mit den darüber gefaßten Beschlüssen der Wahlprüfungscommission zur Kenntnissnahme und eventuellen weiteren Veranlassung zu überweisen.

Aber keine Macht der Welt — es sei denn, die Herren „Gewählten“ hätten das eigentlich Selbstverständliche und legten ihre fragwürdigen Mandate nieder — kann verhindern, daß bis zum äußersten Schlusse der Legislaturperiode zwei ungültige Mandate voll und ganz ausgeübt werden mit allen Rechten und Pflichten, mit Abstimmungen, Diäten und allem Zubehör. Der schließliche Ausgang dieser Wahlgeschichte ist nicht mehr als natürlich und nimmt sich garnicht unharmonisch aus — ist er doch nur ein würdiger Schlussstein, das eigentliche Tüpfelchen auf dem 3 dieser unerhörten Affäre.

### Kaiser Friedrich und die Verlängerung der Legislaturperiode.

Aus der Meldung cartellparteilicher Blätter, daß der Kaiser das von beiden Häusern des Landtags beschlossene Gesetz, durch welches auch in Preußen die Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre verlängert wird, sanctionirt habe, hat die demokratische „Frankf. Ztg.“ den Schluss gezogen, daß entweder Kaiser Friedrich von vornherein mit jener Verfassungsänderung, durch welche die fünfjährige Legislaturperiode eingeführt wird, einverstanden gewesen ist, oder daß es der ihn beratenden Regierung, insbesondere dem Fürsten Bismarck gelungen ist, den Kaiser von der Eripflichkeit dieser Maßregel durch gute Gründe zu überzeugen. Weil ferner Kaiser Friedrich jetzt das preussische Gesetz betreffend die Verlängerung der Legislaturperiode sanctionirt hat, obgleich nach der preussischen Verfassung der König als selbständiger gesetzgebender Factor, natürlich unter Mitwirkung des Staatsministeriums, ein von beiden Kammern beschlossenes Gesetz ablehnen kann, gilt es der „Frankf. Ztg.“ als ausgeschlossen, daß Kaiser Friedrich damals, als es sich um die Vollziehung des Reichsgesetzes betrug, die Verlängerung der Legislaturperiode handelte, unter der Einwirkung eines formalen Zwanges gehandelt habe. Dem gegenüber bemerkt die „Lib. Correspondenz“:

„Selbst hat die Logik der „Frankf. Ztg.“ eine Lücke. Die Thatfache, daß Kaiser Friedrich sich drei Tage lang geweigert hat, das Reichsgesetz

Frage, was zu thun sei, vor allem sucht sie ihm einzuprägen, er müsse standhaft bleiben; in seiner Hand liege ihrer beider Schicksal, die Ehe sei giltig und werde von der Kirche anerkannt werden — sie prophesie hier richtig. Die Menschen würden ihm seine Heirath nur vergessen, wenn er sie aufrecht erhalte; lasse er sich aber bereben, seine Gattin aufzugeben, so werde er als ein Leichtsinziger erscheinen, der diesen bedenklichen Schritt aus Leidenschaftlichkeit gethan und dann aus Furcht zurückgewichen sei. Ihre Rathschläge ertheilt sie in etwas befehlendem Tone, aber freilich erklärt sich dies durch die Nothlage und seine Unkenntniß der Verhältnisse. Während er in den ersten Erklärungen nach der Heirath ausgesprochen hatte, er wolle nach Berlin gehen und seinen Frieden mit dem Kurfürsten machen, hat sie jetzt die entgegengesetzte Meinung: wenn er nach Berlin gehe, seien sie beide verloren, man werde ihn dort zurückhalten und zwingen, sie aufzugeben. Er möge also den Aufforderungen zur Reise stets ein Ja erwidern, aber die Abreise verschieben, er solle sich krank stellen, er möge erklären, seine Soldatenehre erfordere, daß er der bevorstehenden Belagerung von Cafale beizuhelfe, selbst als Freiwilliger, wenn man ihm den Befehl über die Truppen nehme. Auch hier hatte sie Recht, und wenn ihre Rathschläge ein wenig intrigant erscheinen, so hatten die Schritte der Umgebung des Prinzen noch weniger einen männlichen und deutschen Charakter. Denn um den Prinzen zur Reise nach Berlin zu bewegen, griffen Stille und Desprez zu List und Gewalt. Sie zwangen sie, einen Brief zu schreiben, worin sie ihm zur Reise rath. Aber sie klärte ihn sogleich darüber auf: Man hat mich gestern fast mit Gewalt zu schreiben gezwungen, und in vier oder fünf ihrer Briefe kommt sie immer darauf zurück, was man sie zu sagen gezwungen habe, sei das Gegenheil ihrer Meinung. Mit der allen klugen

betr. die Verlängerung der Legislaturperiode zu vollziehen, ist von kompetentester Seite constatirt worden. Die bei dieser Gelegenheit gemachten Wahrnehmungen, denen sich allerdings in der zweiten Hälfte des März noch eine ganze Reihe weiterer anschließen, haben nicht am wenigsten dazu beigetragen, in den Kreisen der Leute des Fürsten Bismarck die Ueberzeugung zu erwecken, daß auf die Dauer mit „diesen Herrschaften“ nicht auszukommen sei. Bekanntlich kam Ende März und Anfang April in Anknüpfung an die Battenberg-Angelegenheit die große Kanzlerkrise, welche die Officiellen in anerkennenswerther Offenheit als eine Kraftprobe bezeichneten. Wie der Ausgang der Sache gewesen sein würde, wenn Kaiser Friedrich ein gesunder Mann gewesen, weiß jedermann. Das Land würde längst Gelegenheit gehabt haben, in freien Wahlen zu der Frage Stellung zu nehmen, ob das deutsche und das preussische Volk der Rechte zu viel haben, so daß eine Verhärkung der Regierungsgewalt angezeigt erscheint. Von diesen und anderen Fragen ist aus naheliegenden Gründen nicht die Rede gewesen. Die feierliche Verkündigung der Kanzlerkrise seitens der inspirierten Blätter hatte nur die Bedeutung, anzukündigen, daß die Kraftprobe zu Gunsten des Fürsten Bismarck ausgefallen sei.“

Mit einem höchst überflüssigen Dementi parabiren heute die „Pol. Nachrichten“, das Organ des Herrn Finanzministers v. Scholz. Dasselbe enthält einen Artikel über die projectirte Spiritusbank, deren es sich immer mit liebender Sorgfalt angenommen hat; es zeichnet ein gar liebliches Bild von den schönen Chancen der Bank, zu welcher bisher „die Anmeldungen in überaus rascher Zahl eingegangen sind und noch eingehen“, und malt, um die Säumnigen anzutreiben, „bedenkliche Gefahren“ für diejenigen Brenner an die Wand, welche fern bleiben wollen und sich von den alleinigmachenden Eigenschaften des Entwurfs nicht zu überzeugen vermögen. Zuletzt wird der Haupttrumpf ausgespielt, indem Herr Schweinburg mit gesperrten Lettern kund und zu wissen thut:

„Wenn verbreitet wird, daß regierungsfällig dem Projekte gegenüber eine ablehnende Haltung eingenommen wird, so können wir auf Grund zuverlässigster Informationen versichern, daß diese Behauptungen unwarhaft sind.“ Wir meinen, wie gesagt, daß dieses an den Haaren herbeigezerrte Dementi sehr überflüssig ist. Denn erstens hat unseres Wissens überhaupt niemand die kühne Behauptung aufgestellt, als stünde die Regierung dem Unternehmen feindlich gegenüber; zweitens ist es notorisch, daß die Regierung vielmehr mit allem ihr zu Gebote stehenden Wohlwollen, gnädig und huldvoll auf das Werk der Herren v. Graf-Alanin, Alberla u. Genossen herabsieht, welches im Grunde genommen nichts ist, als eine Consequenz der in dem Brantweinergesetz niedergelegten eigenen Ideen der Regierung. Eine solche Frucht schlecht zu behandeln, wäre unmündlich, und das ist die Regierung doch gewiß nicht!

Außerdem hat bekanntlich auch die staatliche Anstaltungscommission ihren Beitritt erklärt. Herrn Schweinburgs Dementi wäre also sachlich total unnöthig. Ob er den sehr durchsichtigen Zweck erreicht, durch sein Winken mit der Günst der Regierung die Chancen des Projects zu verbessern, muß abgewartet werden.

### Das Volksschulastengesetz im Herrenhause.

Nachdem vorgestern das Abgeordnetenhaus das Schulastengesetz endgiltig angenommen, ist gestern die Commission des Herrenhauses, die sich bereits am 4. und 5. Mai mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses beschäftigt hatte, zu einer officiellen

Frauen eigenen Lebhaftigkeit und Phantasie erbaut sie fortwährend Pläne, wie zu helfen sei. Bald schreibt sie nach Venedig an ihre dortigen Verwandten, sie möchten dem Prinzen eine Stellung im Heere der Republik verschaffen, bald soll er nach Genua flüchten; sie werde ihm folgen, in dieser Republik werde der Zorn des Kurfürsten und des Herzogs von Savoyen sie nicht erreichen; er möge seine Tugenden in eigenem Verflusse halten, um sie mitnehmen zu können, damit sie von deren Ertrag leben, bis des Kurfürsten Zorn befänigt sei, der spanische Vizekönig in Mailand Segnanz werde vermitteln. Selbst in Berlin macht sie Versuche. Schon am 11. Juni schrieb ihr Bruder an Dandellmann, wenn der Kurfürst es wünsche, solle seine Schwester in einer ehrenvollen Trennung vom Prinzen leben — gemeint war damit wohl nur — bis zum Ausgange; allein die Ehe sei giltig, und die Ehre seiner Schwester erfordere, daß sie hierin nicht nachgebe. Und in ähnlichem Sinne schrieb sie selbst an den Kurfürsten, die Kurfürstin und Dandellmann; sie unterzeichnete die Briefe Catherine Balbian Margrave de Brandenburg.

Freilich mußte der Kurfürst hieran Anstoß nehmen; so befahl er denn am 15. Juni, der Prinz solle zuvörderst nach Berlin kommen, dann den Befehl über die Hilfstruppen in Brabant führen. Weigere sich, Turin zu verlassen, so solle der Oberst Cournaud als ältester Offizier das Commando übernehmen und den Herzog ersuchen, den Prinzen in Vercelli oder einer anderen Festung so lange gefangen zu halten, bis er sich eines besseren befinne; wenn der Herzog diesen Wunsch nicht erfülle, so würden die brandenburgischen Truppen zurückgezogen werden. Der Herzog erwiderte am 30. Juni, bis Cafale gefallen, zu dessen Belagerung der Prinz am 15. Juni abgegangen war, sei es unmöglich ihn fortzuschicken, da seine Soldatenehre das nicht ertragen werde. (Schluß f.)

\*) Siehe Nr. 17066 der Danz. Ztg.



Berathung zusammengetreten. Das Ergebnis derselben, über welches bereits in unseren heutigen Morgenblättern kurz berichtet ist, war, daß der erneut eingebrachte Antrag Struckmann — Gleichstellung der sog. gehobenen Schulen mit den Volksschulen — mit noch größerer Majorität als am 5. Mai, d. h. mit 10 gegen 4 (anstatt 8 gegen 6 Stimmen) abgelehnt wurde. Ein Antrag auf Wiederherstellung der Beschlüsse des Abgeordneten-Hauses, welche die Commission durch Annahme des Antrages v. Kleist-Rebow abgeändert hatte, war nicht gestellt. Das ganze Gesetz wurde einstimmig angenommen. Die Commission beantragt demnach, das Schullastengesetz nach den Beschlüssen des Abgeordneten-Hauses als Abänderung der Verfassung zu behandeln, die Beschlüsse des Abgeordneten-Hauses nur mit der Abänderung des § 4 anzunehmen, daß in Zukunft Schulgeld nur noch erhoben werden darf von Kindern, welche dem Schulbezirk nicht angehören, und so weit, als das bei Erlaß des Gesetzes bestehende Schulgeld durch Staatsbeiträge nicht gedeckt wird und im Fall der Nichterhebung des Schulgelds eine erhebliche Vermehrung der Communal- und Schulabgaben eintreten müßte.

Morgen wird das Herrenhaus sich mit diesen Anträgen der Commission beschäftigen und denselben mit sehr großer Mehrheit zustimmen. Nach 21 Tagen, d. h. am 7. Juni, kann dann im Herrenhause die endgültige Beschlussfassung erfolgen, worauf das Gesetz dem Abgeordneten-Hause zur nochmaligen Entschliebung zugeht.

#### Vorschriften zur Sprengstoffversendung.

Dem Bundesrathe ist seitens des Stellvertreters des Reichskanzlers der Antrag unterbreitet worden, beschließen zu wollen, daß die Bundesregierungen um den Erlaß gleichförmiger Vorschriften zur Regelung der Versendung von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung auf Land- und Wasserwegen nach Maßgabe eines preussischerseits aufgestellten Entwurfs einer Sprengstoff-Versendungs-Vorschrift zu ersuchen seien. Für den Transport auf Eisenbahnen ist dieser Gegenstand bereits durch die Militärtransportordnungen vom 26. Januar 1887 und vom 11. Februar 1888 für das Reichsgebiet einheitlich geregelt. Für den Transport auf Landwegen und Schiffen bedurfte es dagegen noch des Erlasses anderweitiger Vorschriften. Dabei ist es in Anbetracht dessen, daß viele große Pulvertransporte der Militärverwaltung verschiedene Bundesstaaten berühren, wünschenswerth erschienen, daß eine gleichmäßige Sprengstoff-Versendungs-Vorschrift in sämmtlichen Bundesstaaten zur Geltung gelangt.

Bezüglich der Beschäftigung der Strafgefangenen wird officiös mitgetheilt, daß Einleitungen getroffen sind, um die Arbeiten der Strafgefangenen für das Militär noch weiter auszudehnen. Seitens der Regierung geschieht alles, um die Concurrenz der Gefängnisarbeit gegenüber der freien Arbeit abzuwachen. Zu einer vollständigen Einstellung der productiven Gefängnisarbeit aber glaube die Regierung, abgesehen von dem mit derselben verfolgten Zweck der Erziehung der Gefangenen, umsonstiger Anlaß zu haben, als dadurch die Gesamtheit der Steuerzahler geschädigt werden würde, die dann den gegenwärtig in den Strafanstalten des Ministeriums des Innern durch die Arbeit der Gefangenen erzielten Reinertrag von jährlich 3 Millionen aus eigenem Säckel aufzubringen hätte.

#### Englische Marineofficiere.

Capitän zur See Lord Charles Beresford, der frühere Marinelord der Admiralität, welcher es selbst an herber Kritik der britischen Flotte nicht hat fehlen lassen, meinte dem Reporter des „Newport Herald“ gegenüber, ein neulich erschienener Artikel des „Daily Telegraph“, welcher die Heeresverhältnisse Englands zu Lande und zu Wasser in den allerhöchsten Farben geschildert hatte, habe über sein Ziel hinausgeschossen. Seit den letzten 2 oder 3 Jahren sei doch unendlich viel geschehen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Marine, welche so vortrefflich bemant sei, als irgend eine in der Welt. Das System müsse so vollendet sein, daß im Falle einer Kriegserklärung jedes britische Kriegsschiff auf dem Erdboden sofort müßte, wohin es zu segeln und was es zu thun habe. „Ich hege keinen Zweifel, daß unsere Flotte auch jetzt schon im Stande ist, unsere Küsten zu verteidigen. Vielleicht müßte das Mittelmeer aufgegeben werden, aber das Ende scheint mir keinen Augenblick zweifelhaft. Eines ist freilich schlimm, daß wir unsere Vorräthe so unpunktlich von den Lieferanten bekommen. Im Unterhause ist viel Gerede über die Schutzlosigkeit Londons. So lange die Marine etwas zu wünschen übrig läßt, ist es freilich richtig, die Arme zu verstärken. Aber ich muß immer darauf zurückkommen, daß wenn England irgend etwas beherrschen will, es die Meere beherrschen muß. Im Parlament sind wir fünf Marineofficiere gegen zwanzig Landofficiere und haben deshalb Schwierigkeiten, uns Gehör zu verschaffen. Aber leuchtet es denn nicht ein, daß, falls England zur See geschlagen wird, der Feind nur die Zufuhr abzuschneiden braucht, um uns verhungern zu lassen? Der Feind kann uns besiegen ohne eine Schlacht. England kann niemals von seiner Armee gerettet werden. Deshalb muß unsere Marine bedeutend verstärkt werden. Wie ich schon früher gesagt habe, brauchen wir mindestens 5 Panzerschiffe und 23 Kreuzer mehr.“

Dem gleichfalls gegenwärtig in Paris weilenden Admiral, Lord Alcester, legte der Correspondent die Frage vor, was die Folge einer Landung einer französischen oder russischen Flotte in England sein würde. Lord Alcester glaubte nicht, daß der Feind sehr weit kommen würde und daß London unsicher mit in der Eile aufgeworfenen Schanzen vertheidigt werden könne. Das Wichtigste sei allerdings die Verstärkung der Flotte, welcher es sehr an Hinterladegeschützen fehle.

#### Die Londoner Zuckerconferenz.

Im englischen Unterhause gab gestern, wie aus London telegraphirt wird, der erste Lord des Schatzes, Smith, die Erklärung ab, die Vertreter sämmtlicher Mächte hätten in der letzten Sitzung der Zucker-Conferenz das Protokoll und den Entwurf der Convention unterzeichnet, welcher den respectiven Regierungen jetzt unterbreitet werden würde. Letztere würden der englischen Regierung bis zum 5. Juli ihre Ansichten mittheilen und die Bevollmächtigten spätestens am 16. August in London zur Unterzeichnung des Vertrages zusammenkommen. Bis dahin könnten die Details des Entwurfs nicht veröffentlicht werden.

#### In der französischen Deputirtenkammer

wurden gestern die Maiszölle im Princip und darauf auch bei der Einzelberathung die einzelnen Ausnahmen angenommen, schließlich aber wurde das Gesetz im ganzen mit 282 gegen 247 St. abgelehnt. Maurice bemerkte hierauf, die Abstimmung der Kammer sei ein neuer Beweis ihrer Ohnmacht und ein neuer Beweis für die Nothwendigkeit ihrer Auflösung. Rouvier erwiderte, die Schutzölle seien genehmigt worden, um den Norden Frankreichs zu begünstigen, man sehe, wie die Wähler dieser Gegenden darauf antworteten. Felix Pyat brachte einen Antrag ein, in welchem die Expropriation jeder Werkstätte, die mit Willen des Arbeitgebers geschlossen worden, geordert wird, um den Arbeitern übergeben zu werden. Er verlangte die Dringlichkeit für seinen Antrag. Derselbe wurde abgelehnt.

#### Bulgarien und Europa.

In einer Unterredung, welche ein einflussreicher bulgarischer Minister mit dem „Times“-Correspondenten in Rußland hatte, betonte der erste die Nothwendigkeit, daß auch Europa den Fürsten Ferdinand gegen die feindlichen Pläne Rußlands unterstützen müsse. Früher, so sagte der Minister, sei er ein treuer Anhänger des Fürsten Alexander gewesen, dieser aber habe die Bulgaren im Stich gelassen. „Nationen wie Individuen haben ihre Augenblicke der Verzweiflung, und wenn den Bulgaren zweimal im Laufe einer Decade der Fürst ihrer eigenen Wahl geraubt wird, werden sie es wahrscheinlich nutzlos finden, länger dem Willen Rußlands entgegenzutreten, und daher den Kampf für ihre Unabhängigkeit aufgeben. Der Unterwerfung Bulgariens unter Rußland wird die Unterjochung der ganzen Balkanhalbinsel, die Vernichtung des englischen Einflusses im Mittelmeer, die Zerstückelung Oesterreich-Ungarns und das Erlöschen der Freiheit im östlichen Europa folgen. Die Folgen eines solchen Ereignisses sind unberechenbar; was Bulgarien aber angeht, so muß es jetzt oder niemals den russischen Dictaten seinen Widerstand entgegensetzen.“

Dem Wiener Correspondenten der „Times“ beschränkte sich Fürst Ferdinand darüber, daß er von einem Theil der ausländischen Presse nicht gerecht behandelt werde. Trotzdem werde er fortfahren, in schwieriger Lage seinem neuen Volke und Lande zu dienen, unbekümmert um die seinerseits erscheinenden Opfer. Stambulow meinte, daß die österreichische Politik in der letzten Zeit eine Schwenkung vollzogen habe. Früher habe Oesterreich den Wunsch gehegt, Compensation für die russische Präponderanz auf der Balkanhalbinsel zu fordern. Jetzt aber, wo die große Mehrheit der Bulgaren ihre Abneigung gegen die russische Herrschaft bewiesen haben, sei Oesterreich mehr geneigt, die Unabhängigkeitsbestrebungen der Bulgaren zu unterstützen und die Ereignisse abzuwarten. Sollte das Schicksal sich gegen das Ringen des unglücklichen Volkes entscheiden, so sei damit Oesterreich vielleicht der Anlaß gegeben, den Bulgaren ihren Schutz anzubieten. Die Bulgaren würden denselben annehmen, aber erst dann, wenn alle Mittel erschöpft wären, europäische Vermittelungen, welche auf alle Fälle vermieden werden müßten, fernzuhalten.

#### Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung vom 15. Mai. Zur dritten Berathung steht der Gesetzentwurf, betreffend die Verbesserung der Oder und der Spree, sowie die Abänderung des Gesetzes vom 9. Juli 1886, betreffend den Bau neuer Schiffahrtskanäle und die Verbesserung vorhandener Schiffahrtsstraßen.

Abg. Graf Ranitz (cons.): Wir hoffen, daß durch diese Vorlage, welche der schlechten Kohle einen billigeren Transport verschaffen soll, die Concurrenz der englischen Kohle verdrängt werden wird. Dann aber wird der Landwirthschaft der östlichen Provinzen der Seeweg vertheuert werden, da bei Beschränkung des englischen Kohlenimports die Schiffe keine Rückfracht mehr haben. Deshalb bitte ich den Minister der öffentlichen Arbeiten, das daraus entstehende Mißverhältnis durch Ermäßigung der Eisenbahnfrachten für landwirthschaftliche Producte aus den östlichen Provinzen zu beseitigen. Bei den großen Kosten, welche die Canalvorlage erfordert, frage es sich, ob nicht dasselbe Resultat auf billigerem Wege erreicht werden könne, vielleicht durch Einführung eines Kohlenzolls. So gut wie andere Länder solche Kohlenzölle hätten, könne auch die deutsche Kohlenindustrie durch denselben gefördert werden. Das Bescheiden dieses Weges sei um so rathsamer, als gerade der Dortmund-Emscanal zu recht erheblichen Bedenken Anlaß geben müßte. Vor allem werde derselbe durch die erleichterte Einfuhr des ausländischen Getreides eine ungünstige Rückwirkung auf die Landwirthschaft ausüben, und es sei nicht recht ersichtlich, weshalb man zu einem solchen Zwecke eine große Summe hergeben solle. Er könne nicht zugeben, daß die weisfällige Industrie sich in einer so großen Nothlage befinde, wie die Vertreter derselben zu erkennen geben; besonders in der Ruhrgegend treffe das nicht zu, vielmehr seien trotz vermehrter Production die Kohlenpreise dort in den letzten Jahren gestiegen. Der einzige Uebelstand in jenen Gegenden sei die Ueberproduction; wenn aber wirklich durch den Dortmund-Ems-Canal einzelne weisfällige Industriezweige gefördert werden, so komme auf der anderen Seite in Betracht, daß die Eisenerzindustrie durch die erleichterte Einfuhr der Eisenerze aus dem Auslande erheblichen Schaden leiden werde.

Abg. v. Schorlemer (Centr.): Graf Ranitz hat sich gegen den Canal Dortmund-Emschäfen gewendet. Daraus geht hervor, daß er ganz einseitig die schlechte Kohle gegenüber der weisfälligen Kohle begünstigen will. Dann hat er wieder gesagt, die englische Kohle würde nicht ohne weiteres verdrängt werden, wenn nicht eine billige Rückfracht aus den östlichen Provinzen zugelassen würde. Damit tritt sein einseitiges Interesse als Landwirth des Ostens zu Tage, um durch Tarifermäßigungen das östliche Getreide nach dem Westen zu schaffen und damit die Landwirthschaft im Westen möglichst zu bedrücken. Er will die Einfuhr englischer Kohlen durch einen Kohlenzoll zurückdrängen. Ich glaube, er hätte die Anregung zu dieser Frage den Interessenten selbst überlassen sollen. Diese aber haben sich bis jetzt in entscheidender Weise gegen den Kohlenzoll erklärt. Eine Einfuhr fremder Eisenerze findet jetzt schon über den Rhein statt. Eine Schädigung durch diesen Canal kann also nicht noch erst erfolgen. Schädigte der Canal die Landwirthschaft, so würden der hannoversche und weisfällige Landtag, die zum großen Theile aus Landwirthen bestehen, nicht erhebliche Summen für den Canal ausgeworfen haben. Die Blüthe der Industrie und Landwirthschaft stehen im engsten Zusammenhange, und ich muß anerkennen, daß die weisfällige Industrie auf die Landwirthschaft, wenn nicht die volle, so doch eine erhebliche Rücksicht genommen hat.

Abg. Meyer-Breslau (freil.): Graf Ranitz geht einseitig den Interessen seiner Parteigenossen viel zu weit; dann hätte er uns aber nicht eine lange Rede halten sollen in einer Stunde, wo draußen unsere gepackten Reisekoffer stehen, er hätte wenigstens so lange warten sollen, bis er seine eigenen Parteifreunde überzeugt hat. Der Graf Ranitz will einen neuen verbesserten Verkehrsweg nur deshalb verbinden, weil er einem Gebiete Schaden bringen würde, wo minderwertige Erze gewonnen werden. Das heißt mit bürren

Worten: man will überhaupt in Industrie und Wirthschaft keinen Fortschritt, denn jeder Fortschritt ist mit einer Entwerthung minderwerthiger Producte und Thätigkeiten verbunden. Herr v. Schorlemer hat bereits hervorgehoben, daß die Kohlenproducenten selbst die entscheidenden Gegner der Kohnzölle sind. Ich glaube auch nicht, daß wir jemals Kohlenzölle bekommen werden. Graf Ranitz beruft sich auf das Beispiel anderer Länder. Sind wir denn gezwungen, absolut jede Thorheit nachzuahmen, die anderswo begangen wird? Wollen wir nationale Wirthschaftspolitik treiben, so beschränken wir uns darauf, nur nationale Thorheiten zu begehen. (Heiterkeit.)

Abg. Dörm (nat.-lib.): Wenn der Dortmund-Ems-Canal für Westfalen wirklich so großen Werth hätte, so hätten die Interessenten doch dies beweisen können, indem sie die Ausführung desselben durch Ausbringung der Grunderwerbskassen ermöglicht hätten. Statt dessen verlangen sie jetzt vom Staat ein Geschenk. Es wäre besser, wenn wir dem Eisenbahnminister das Geld zur Tarifermäßigung zur Verfügung stellten.

Abg. Schmieding (nat.-lib.): Die Interessenten konnten sich nur zu bestimmten Beiträgen verpflichten, während die Höhe der gesamten Kosten sich vorher nicht übersehen ließ. Außerdem ist der Begriff Interessenten im Gesetz sehr unbestimmt und dann war die Vertheilung zwischen beiden Provinzen Hannover und Westfalen und innerhalb dieser Provinzen sehr schwierig. Deshalb war es ein berechtigtes Verlangen von der Regierung, eine Unterföhrung zu erhalten.

Abg. Hammacher (nat.-lib.): Weist dem Abg. Grafen Ranitz gegenüber darauf hin, daß in der Kohlenindustrie bis jetzt nur eine sehr schwache Strömung für Kohlenzölle sich gezeigt habe. Deutsche Kohlenzölle würden die österreichische Braunkohlenindustrie empfindlich schädigen, so daß uns von österreichischer Seite mit Steinkohlenzöllen geantwortet würde. Redner erhebt schließlich Protest gegen die Meinung des Abg. Dörm, daß die Staatsaufwendungen für die Canäle ein Geschenk für die Interessenten bedeuten. Diese Aufwendungen mache der Staat im Gesamtinteresse des Landes.

Abg. Graf Ranitz hält seine ersten Ausführungen aufrecht und fragt speziell den Abg. Meyer, ob, da seine Koffer schon gepackt seien, er schon jetzt auf Wahlreisen gehen wolle.

Abg. Meyer: Wenn ich das geringste Talent zur Unfähigkeit hätte, würde ich den Abg. Ranitz zunächst nach der Legitimation zu seiner Frage, wohin ich reisen wolle, fragen. Da mir dieses Talent aber abgeht, will ich ihm jagendach erwidern, daß ich nicht beabsichtige, jetzt schon auf Wahlreisen zu gehen, sondern daß ich mich lediglich in frischer Luft von den parlamentarischen Strapazen erholen will, die besonders dadurch vermehrt worden sind, daß ich so viele deplacirte schuppelnerische, agrarische und bimetalistische Reden habe anhören müssen. (Große Heiterkeit.)

Das Gesetz wird gegen die Stimmen einiger weniger Conservativen und Freiconservativen angenommen.

Nächste Sitzung: unbestimmt.

#### Deutschland.

\* Im Auftrage des Unterrichtsministers wird sich der Director der kgl. Elisabethschule Prof. Dr. Maebold demnächst nach England begeben, um in London und Cambridge die Hochschulen für Mädchen, namentlich Girton-College und Holloway-College, kennen zu lernen.

\* [Versärfung der Strafe rückfälliger Gefangener.] Es wurde lezhin in einer Sitzung der Petitionscommission des Abgeordneten-Hauses die Klage laut, daß eine nicht angebrachte Humanität die Lage der Gefangenen zu einer so günstigen gemacht habe, daß diejenige des freien arbeitenden Staatsbürgers dagegen in den Schatten gestellt würde. Nicht nur die peinlichste Reinlichkeit, Pünktlichkeit und Regelmäßigkeit der Beschäftigung, sondern sogar ein täglicher Spaziergang und eine fürsorgliche Pflege des Arztes bei dem leisesten Unwohlsein und eine verhältnißmäßig gute Kost werde ihnen zu Theil. Dazu komme, daß die Sträflinge so wenig zu leisten brauchten, daß es garnicht zu verurtheilen sei, wenn bei der großen Zahl der Sträflinge die Sehnucht nach Wiedererlangung dieser Lebensweise eine Rolle spiele. Für diese Rückfälligen, die übrigens, was die zu Buchstaben Strafen Verurtheilten anlangt, 80 Proc. über  $\frac{1}{4}$  der Gesamtzahl aller Gefangenen ausmachen, sind nun, soweit sie in zum Report des Ministeriums des Innern gehörigen Anstalten untergebracht sind, neuerdings schärfere Anordnungen getroffen worden. Danach erhalten Gefangene, welche eine Buchstabenstrafe oder eine Gefängnisstrafe von mindestens sechsmonatiger Dauer zu verbüßen haben, wenn sie innerhalb zehn Jahren vor ihrer Einlieferung zu einer Buchstabenstrafe oder zu einer sechsmonatigen oder längeren Gefängnisstrafe verurtheilt worden oder auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuches mindestens sechs Monate in einem Arbeitshause untergebracht gewesen sind, für die Arbeitspena nur die Hälfte der nothwendigen Arbeitsprämien, für die Ueberpena aber die vollen Prämienätze. Ferner erhalten vorbestrafte Gefangene erst nach Ablauf von sechs Monaten ihrer Strafzeit die Erlaubniß zum Ankauf von Nebenartikeln, und diese Erlaubniß darf ihnen auch nur dann ertheilt werden, wenn ihr Guthaben an Arbeitsprämien den Betrag von zehn Mark übersteigt. Der Ankauf von Schnupftabak findet, wie schon gemeldet, nicht mehr statt.

\* [Verzollung imitirter Spirituosen.] Nach anderweitiger Meldung hat der preussische Herr Finanzminister hinsichtlich des Jolles für in Fässern eingehenden imitirten Arak, Cognak und Rum in einem Rescripte bestimmt, daß unter dem dem niedrigen Zollsatz von 125 Mk. für 100 Algr. unterworfenen Arak, Cognak und Rum nur echter Arak u. s. w. verstanden werden soll. Deshalb sollen Gemische von solchen Fabriken mit anderen Spirituosen oder Spirituosen, welchen durch Zusatz von Essenzen Aussehen, Geruch und Geschmack von Arak u. s. w. gegeben ist, mit 180 Mk. für 100 Algr. zur Verzollung geogen werden.

\* [Der deutsche Feuerwehrrath.] findet in diesem Jahre, verbunden mit einer Ausstellung, am 28., 29. und 30. Juli in Hannover statt.

\* [Ein nationalliberales Flugblatt.] Es gab eine Zeit, wo nationalliberale Heißsporne (irren wir nicht, so war es Herr v. Schaaf im Jahre 1884) der Ansicht Ausdruck gaben, die Parteipresse sei noch zu anfänglich. Die Zeiten sind vorbei. Wie aus einem Vortrage ersichtlich, den Abg. Träger am 13. d. im liberalen Verein zu Jserlohn gehalten, haben die Nationalliberalen des Wahlkreises Altena-Jserlohn zu der Stimmwahl zwischen Herbers und Langerhans ein Flugblatt herausgegeben, in welchem behauptet wird, die „Fortschrittspartei“ habe gegen die Borsenfeuer, sowie gegen das Branntwein- und Tabakmonopol gestimmt, weil sie von den Interessenten dafür bezahlt worden sei. Das „Pul“, welches an dieser Stelle aus der Versammlung heraus ertönte, beweist, daß dergleichen Verdächtigungen Pfeile sind, welche auf den Schützen zurückprallen.

Görlitz, 15. Mai. Auf eine Anfrage des Ausschusses für die Errichtung einer Gedenkstätte Kaiser Wilhelms in Görlitz hat sich Bildhauer

Ende bereit erklärt, für die Halle des von einem Magdeburger Architekten entworfenen und mit 150 000 Mark veranschlagten Baus im Görlitzer Stadtpark eine mehr als lebensgroße Statue Kaiser Wilhelms in Marmor und die sechs Bronze-Colossalbüsten des Großen Kurfürsten, Friedrichs des Großen, des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, des Kronprinzen Albert von Sachsen, des Prinzen Friedrich Carl von Preußen und des Großherzogs von Mecklenburg für 50 000 Mark anzufertigen. Mit der Gedächtnishalle sollen helle Räume zur Aufbewahrung der städtischen Alterthums- und Kunstsammlungen und zur Veranstaltung von Gemäldeausstellungen verbunden werden.

Greifswald, 14. Mai. Der Geheimreg.-Rath Dr. Baumstark beging heute die Feier seines 50jährigen Amts-Jubiläums als Professor der Nationalöconomie. Die ganze Dauer seiner Amtsföhrung war der Universität Greifswald, bezw. der Akademie Elbena gewidmet. Eb. Baumstark ist am 28. März 1807 zu Einheim geboren.

München, 15. Mai. Wie die „Allgemeine Ztg.“ meldet, moht Prinz Ruprecht im Auftrage des Prinzenregenten der Eröffnung der Ausstellung in Barcelona bei.

München, 15. Mai. Der Prinz-Regent begiebt sich morgen zum Besuche seiner Schwester Prinzessin Adelgunde nach Wien und wird daselbst bis zum 28. d. Mts. verbleiben.

#### Schweiz.

Bern, 14. Mai. Die vier ausgemiesenen Socialdemokraten sind gestern Mittag, von drei Arbeitervereinen mit Trommeln und Fahnen zum Bahnhofe begleitet, von Zürich abgereist.

#### Rußland.

Petersburg, 14. Mai. Aus Centralasien werden fortscireitende Vorbereitungen für eine Besetzung Herats signalisirt. (Kreuz-Ztg.)

Petersburg, 13. Mai. Das Project der Aufhebung der Verbannung nach Sibirien ist, wie die russische „Pet. Ztg.“ erfährt, auf Schwierigkeiten rein finanziellen Charakters gestoßen, da die Zahl der Gefängnisse dann vergrößert werden muß und deren Verwaltung allein eine Mehrausgabe von 440 000 Rbl. bedingen würde, welche das Finanzministerium nicht bestreiten zu können glaubt.

Am 17. Mai: Danzig, 16. Mai. M.-A. bei Tage. G.-A. 3.58, U. 7.56. M.-U. 12.32.

Wetterausichten für Donnerstag, 17. Mai. auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Meist heiter und trocken, zum Theil wolbig und halbbedeckt, bei leichten bis mäßigen Winden mit sinkender Temperatur. Nachts und Morgens kühl.

\* [Zucker-Versärfungen.] In der Zeit vom 1. bis 15. Mai sind über Neufahrwasser an inländischem Rohzucker 15940 Zollcentner verschifft worden, und zwar 6620 nach England, 5000 nach Holland, 4320 nach Schweden und Dänemark. Insgesamt wurden seit Beginn der Campagne im August 1887 bis 15. Mai nach dem Auslande 922522 Zollcentner, ferner nach Hamburg 87 946 und nach inländischen Raffinerien 11 494 Zollcentner verschifft, zusammen 1 021 962 Zollcentner (gegen 1 588 470 im Vorjahre). Die Ankünfte in Neufahrwasser betrugen bisher 1 299 812 Zollcentner (gegen 1 610 676 im Vorjahre); die Vorräthe in Neufahrwasser am 15. Mai 387 718 Zollcentner (gegen 260 770 zu gleicher Zeit v. J.). An russischem Arrisallzucker wurden im Mai 2200 Zollcentner nach England und 450 nach Schweden und Dänemark, während der Campagne 86 025 Zollcentner (gegen 23 200 im Vorjahre) verschifft. Bestand am 15. Mai 14 450 Zollcentner.

\* [Ueber den Stand der Saaten in Polen] schreibt man der „Nordd. Allg. Ztg.“ aus Warschau: Nachdem im vorigen Herbst die Felder bei gutem Wetter befestigt und die Einfaat bei gleichen Mitterungsverhältnissen beendet worden, sind die Saaten in allen Gouvernements des Königreichs gut aufgegangen. Die Frühjahrsbestellung hat durch die häufigen Schneefälle während der Monate März und April eine bedeutende Verspätung erlitten, und konnte, besonders in den niedrig gelegenen Gegenden, des angesammelten Wassers wegen auch zu anfang des Monats Mai mit den Feldarbeiten noch nicht begonnen werden. Die Winterung ist in diesen Gegenden theilweise ausgefallen. Wegen der bis jetzt verspäteten Vegetation läßt sich zur Zeit selbst ein annäherndes Urtheil über die diesjährigen Ernteausichten noch nicht fällen.

\* [Von der Weichsel.] Aus Plehnendorf wird heute ein am Ober- wie am Unterpegel gleichmäßiger Wasserstand von 3.68 Meter gemeldet.

An dem Fangedamm bei Jonsdorf wird auch gegenwärtig noch rüstig gearbeitet. Es handelt sich, wie die „Elb. Z.“ berichtet, darum, denselben wasserdicht zu machen, da nach ca.  $\frac{1}{5}$  des Wassers durch die gelegten Faschinen durchfließt. Zu diesem Zwecke werden an der Innenseite des Fangedammes große Prähme mit Erde entleert, welche letztere sich in den Faschinen allmählich festsetzt und so nach und nach einen festen Damm bildet. Am nächsten Donnerstag hofft man auf diese Weise den Fangedamm wasserdicht geschlossen zu haben. Derselbe wird dann zunächst in seiner ganzen Länge noch um 2.3 Meter erhöht werden, so daß nur noch ca. 3 Meter bis zur Höhe des eigentlichen Nogatdamms fehlen.

\* [Eitelverlehung.] Herrn Rechtsanwalt und Notar Tesmer in Danzig ist der Charakter als Justizrath verliehen worden.

\* [Fährlicher Tod.] Heute Morgen 8 Uhr wurde der Seefahrer Adolf Ficht, hohe Seelenmohndheit, in der St. Brigitten-Kirche während des Gottesdienstes vom Herzschatz befallen und verstarb auf der Stelle. Die Leiche wurde von der Gattin des Verstorbenen nach ihrer Wohnung geschafft.

\* [Schwimmunterricht.] Wie in früheren Jahren, so werden auch in diesem Sommer sechzig Knaben der hiesigen Mittel- und Volksschulen, mit Bewilligung ihrer Eltern resp. Vormünder, für Rechnung der hiesigen Stadtgemeinde an dem Schwimmunterricht in der Militär-Schwimmanstalt Theil nehmen.

\* [Berichtigung.] In der Notiz über den Pfingst-Estrazug der hinterpommerischen Bahn in der heutigen Morgen-Ausgabe ist leider ein Passus durch einen Druckfehler entstellt und dadurch unverständlich geworden. Es soll nicht heißen: Wer „erst“ in Stettin oder Stolp übernachten will, sondern: Wer nicht in Stettin oder Stolp übernachten will, muß (auf der Rückfahrt) um 11 Uhr Abends von Berlin abfahren u. s. w. Erläuternd bemerken wir noch, daß seit vorigem Sommer der Schnellzug der hinterpommerischen Bahn amlich als „Courierzug“ angesehen wird und, da Couriertage von der Berechtigung der Estrazugbillets ausdrücklich ausgeschlossen sind, zur Rückfahrt nicht benutzt werden kann.

[Polizeibericht vom 16. Mai.] Verhaftet: Ein Commis wegen groben Unfugs, 2 Obdachlose, eine betrunkene Frau, 9 Dirnen. — Gefunden: Ein Briefkasten mit der Aufschrift G. Schulz am 3. v. Mts., eine Broche; abgehoben von der Polizeidirection hier. — Gestohlen: Ein goldener Damenring mit braunem Stein, eine blaue wollene Unterjace, eine wollene Unterjace, ein Paar Arbeitshosen.



H. B. Schaffman, publisher at Chicago.



Sieh' da, sieh' da Timotheaur  
die Tische von Schüsselkaug.  
Son' bischen französisch.

---

Druck und Verlag  
von A. W. Rafemann in Danzig  
Stierzu eine Beilage.